

Erklärung der Nordelbischen Kirche  
zur Weltklimakonferenz auf Bali vom 3.-14. Dezember 2007

Der Klimawandel stellt die Weltgemeinschaft vor eine noch nie da gewesene Herausforderung: innerhalb weniger Jahre müssen wir unseren Umgang mit den vorhandenen Ressourcen, unsere Energieversorgung und unseren Konsum grundlegend verändern. Der IPCC (*Intergovernmental panel on climate change*) hat im November dieses Jahres deutlich gemacht, dass fortgesetzte Treibhausgas-Emissionen im 21. Jahrhundert eine weitere Erderwärmung und Änderungen des globalen Klimas verursachen, die sehr wahrscheinlich größer sein werden als die schon im 20. Jahrhundert beobachteten. Es bedarf einer globalen Antwort auf den Klimawandel, um die drohenden Entwicklungen in Grenzen halten zu können.

Aus Anlass der Klimaschutz-Tagung auf Bali vom 3. bis zum 14. Dezember 2007 wollen wir auf diese globalen Entwicklungen hinweisen, sie unterstützen und zugleich unsere regionale Verantwortung unterstreichen.

Bei den Verhandlungen auf Bali werden 180 Staaten zusammenkommen, um vor allem die Zukunft internationaler Klimaabkommen nach dem Ende des Kyoto-Protokolls zu planen und zu sichern.

Mit dem Kyoto-Protokoll von 1997, das erst 2005 in Kraft trat und bereits 2012 wieder ausläuft, besteht derzeit ein internationales Übereinkommen zur Reduzierung der Treibhausgase. Schon jetzt wird jedoch deutlich, dass die Ziele des Kyoto-Protokolls nicht erreicht werden. Während derzeit viele Staaten bindende Verabredungen mit Emissionsobergrenzen und Emissionsminderungen für die Zukunft unterstützen, streben andere jedoch unverbindlichere Lösungen an.

Die drohende Destabilisierung des Weltklimas macht aber außerordentliche diplomatische Anstrengungen zur Kooperation auf bilateraler bis hin zur globalen Ebene erforderlich. Darum sollten die Verhandlungen auf Bali einen Beitrag für ein verbindliches und zukunftsweisendes Klimaregime leisten, das eine globale Emissionsreduktion mit dem bleibenden Ziel anstrebt, die Temperaturerhöhung unter der Gefahrenschwelle von zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten.

Der in diesem Zusammenhang von Bundeskanzlerin Angela Merkel unterbreitete Vorschlag, bis 2050 weltweit gleiche Pro-Kopf-Emissionsrechte von etwa zwei Tonnen CO<sub>2</sub> verbindlich zu machen, erscheint uns geeignet zu sein, bei der Entwicklung eines gerechten Verfahrens zur Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs die Vertrauensbildung zwischen Industrieländern und Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern.

Wir unterstützen die Bemühungen, auf Bali einen Verhandlungsprozess mit folgenden Zielvorgaben zu beginnen:

- Die Staatengemeinschaft trifft verbindliche Absprachen für eine Halbierung der klimaschädlichen Emissionen um 50% bis 2050 (um 80% in den Industrieländern).
- Eine weltweit verbindliche Pro-Kopf-Zuweisung von Klimagasemissionen wird zur klimapolitischen Grundlage.
- Die verfügbaren Mittel für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern werden durch Einnahmen aus den Flugverkehrsabgaben deutlich erhöht.
- Die klima- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden so gestaltet, dass Wirtschaftswachstum und CO<sub>2</sub>-Emissionen zunehmend entkoppelt werden.
- Die Schwellen- und Entwicklungsländer erhalten deutlich größere Zugangsmöglichkeiten zu bezahlbaren, Klima schonenden Technologien.
- Die natürlichen Ressourcen, vor allem der Wald, werden viel entschiedener als bislang erhalten und gepflegt.
- Der Flug- und Schiffsverkehr wird in die Klimaschutzpolitik einbezogen, um ihre Klima schädigenden Auswirkungen zu verringern.

Neben dem unerlässlichen Einsatz für einen weltweit verbindlichen Klimaschutz müssen wir auch lokal handeln. Folgende Strategien sind uns dabei besonders wichtig:

- Energie müssen wir effizienter nutzen, z.B. durch energiesparende Geräte und Autos, verbrauchsarme Häuser oder zentrale und dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen.
- Viel konsequenter als bisher müssen wir unsere Energieversorgungssysteme sowohl bei den großen Energieversorgern als auch im privaten Bereich auf erneuerbare Energien umstellen. Kernkraft gilt uns dabei nicht als Alternative.
- Wir werden als Gesellschaft und im privaten Bereich fragen müssen, wo wir auf Energieverbrauch verzichten können.
- Wir ermutigen die Bürgerinnen und Bürger, ihren Willen für eine nachhaltige und gerechte Klimapolitik zu formulieren, um Parlamente und Regierungen anzustoßen und zu unterstützen: z.B. durch Teilnahme an Veranstaltungen am Weltklimaschutztag am 8. Dezember 2007.

Für uns als Kirche sind die Bewahrung der Schöpfung und die weltweite Gerechtigkeit zentrale Themen.

Daher legen wir großen Wert darauf, dass auch die Klimapolitik künftig unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit gestaltet wird, so wie die Entwicklungspolitik in den kommenden Jahren immer mehr auf Fragen des Klimaschutzes bezogen sein sollte. In Hinblick auf die historischen Ursachen des Klimawandels setzen wir uns darüber hinaus in Gemeinschaft mit unseren ökumenischen Partnern für eine stärkere Berücksichtigung des Verursacherprinzips bei den anstehenden klimapolitischen Weichenstellungen ein.

Das bedeutet zum einen, dass Schwellen- und Entwicklungsländer befähigt werden müssen, auf den vor allem von den reichen Industrieländern erzeugten Klimawandel besser vorbereitet zu sein. Es bedeutet aber auch, ihnen eine wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, die nicht auf den „alten Energien“ der Ausbeutung fossiler Ressourcen aufbaut.

Unsere Verantwortung vor Gott und die Liebe zum Nächsten und zur Schöpfung fordern uns auf, die sich heute noch bietenden Chancen für den Klimaschutz unverzüglich und entschlossen zu ergreifen.

*Zur Veröffentlichung am Montag, den 3. Dezember 2007 zum Beginn der Weltklimakonferenz auf Bali.*